

**Dieter Nohlen**

## **Der erste 11. September – 30 Jahre danach**

Der Militärputsch in Chile am 11. September 1973 jährt sich zum dreißigsten Mal. Ihm werden etliche Beiträge in aller Welt gewidmet sein, zu Recht, denn er ist trotz der Putschtradition in der lateinamerikanischen Geschichte ein historisches Ereignis ersten Ranges. Sieht man von der kubanischen Revolution ab, hatte die Weltöffentlichkeit nie zuvor so intensiv an der Geschichte eines lateinamerikanischen Landes Anteil genommen. Weltweit wurde fast überall mit großer Empörung und Abscheu auf den Putsch reagiert. Zum vorherrschenden Negativbild trugen zum einen die Bilder bei, die von den putschenden Generälen um die Welt gingen. Viele werden sich des martialisch anmutenden, mit einer dunklen Sonnenbrille fotografierten Anführers der Junta, General Augusto Pinochet, erinnern. Zum anderen waren es die schrecklichen Nachrichten über das brutale Vorgehen der Militärs, über Folterungen, Verschleppungen, Morde. Von diesen Übergriffen mussten sich auch jene Beobachter distanzieren, die angesichts der politischen Polarisierung in Chile einen Militärputsch für die "sauberste Lösung" gehalten hatten. Im derart strukturierten politischen Meinungskontext schrieb ich seinerzeit eine erste wissenschaftliche Analyse der chilenischen Vorgänge, betitelt "Warum scheiterte Salvador Allende?". Sie erschien etwa sechs Wochen nach dem Putsch, am 20. Oktober 1973 in der Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* und fand damit eine weite Verbreitung.

Bereits der Titel meines Aufsatzes setzte einen Akzent, der aus heutiger Sicht befremdlich erscheinen mag: Nicht der Putsch stand im Mittelpunkt, sondern das Scheitern einer Politik, die nach dem Wahlsieg des Sozialisten Allende bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 den Übergang zum Sozialismus mit demokratischen Mitteln versprach. Was nach dem Putsch auf Chile zukommen würde, war damals allen Beobachtern verschlossen. Niemand konnte seinerzeit vorhersehen, dass Chile einer derart langlebigen Diktatur unterworfen und die das Land grundlegend umkrempeln würde. Erst 1988 gelang es per Referendum, Pinochets Machtausübung im Rahmen der von ihm erlassenen Verfassung zu begrenzen, und 1990 erfolgte schließlich der Übergang zur Demokratie. Aus heutiger Sicht ist der Putsch als Beginn der seitherigen Entwicklung das einschneidende Ereignis (belegt etwa

durch die relativ vielen Schriften zum Militärregime und seiner Epoche, u.a. so exzellente Autoren wie der Ex-Minister Genaro Arriagada 1998; der Ex-Präsident Patricio Aylwin Azócar 1998, der Ex-Botschafter in Deutschland Carlos Huneeus 2000). Zum damaligen Zeitpunkt verstand er sich als Ende einer Entwicklung, auf der große Hoffnungen geruht hatten. Es war der Versuch, mit friedlichen Mitteln in einem Land der Dritten Welt einen demokratischen Sozialismus zu etablieren. Dieser Fehlschlag hatte erklärt zu werden.

Meine damalige Analyse habe ich vor einigen Tagen wieder gelesen. An diese "Wiederbegegnung" mit einem alten Text möchte ich im Folgenden einige Überlegungen zum Niedergang der chilenischen Demokratie anknüpfen, welche meine damaligen Ausführungen kritisch reflektieren und dabei berücksichtigen, zu welchen Einsichten die wissenschaftliche Literatur zum gleichen Gegenstand in der Zwischenzeit gelangt ist.

### 1. Persönliche Zusammenhänge

Vorab sei vermerkt, dass ich mich in der glücklichen Lage befinde, meine damalige Sicht der Dinge in schriftlicher Form vorzufinden, und dass ich mich heute darauf beziehen kann, ohne der Eintrübung der Erinnerung durch später gelagerte Ereignisse und Entwicklungen zu erliegen. Die Zeit, neue Erfahrungen und Einsichten, können heute zu einer anderen Einschätzung als damals führen. Weil dem so sein kann, ist die "Wiederbegegnung" mit einem früher geschriebenen Text ja interessant. Dabei sollte man sich nicht derart fehl erinnern, als habe die heutige Einschätzung damals schon bestanden. Ich habe gelegentlich den Eindruck, dass sich einige Zeitgenossen ihrer damaligen Beurteilung der politischen Ereignisse (möglicherweise unbewusst) nicht mehr recht erinnern oder gar erinnern wollen und *ex-post* vorgeben, sie seien anders positioniert gewesen. Angesichts der bitteren Erfahrung mit der Diktatur sind in Chile *ex-post* viel mehr Leute gegen den Militärputsch gewesen als es tatsächlich *ex-ante* waren.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass ich wenige Monate vorher beim Hamburger Hoffmann und Campe-Verlag ein Buch mit dem Titel "Das sozialistische Experiment in Chile" veröffentlicht hatte – übrigens meine Habilitationsschrift an der Universität Tübingen – und dass ich die längste Zeit der Allende-Regierung mit meiner damaligen Familie in Chile gelebt habe. Als Repräsentant der Adenauer-Stiftung am Ort hatte ich zudem Zugang zu politischen Akteuren und Zutritt zu politischen Versammlungen der Christdemokratie, auf denen die politische Lage des Landes diskutiert und die politische Linie der Partei vereinbart wurde. Das Leben und die be-

ruflische Tätigkeit vor Ort ließen mich geradezu zwangsläufig ein breites Hintergrundwissen erwerben. Viele Informationen konnte ich nicht einmal preisgeben, aus wissenschaftlichen Gründen zumal solche, die allzu persönlich gefärbt waren. Mein Aufsatz hält sich denn auch sehr an überprüfbare Daten, wiewohl die vorgenommenen Einschätzungen diesen breiteren Erfahrungshorizont reflektieren.

Natürlich widersprach mein Aufsatz der internationalen Wahrnehmung der Allende-Regierung. Er trug mir in der bundesdeutschen Debatte, die an den Universitäten stark von den Chile-Komitees getragen wurde, eine Positionierung ein, die weit rechts von meiner Selbsteinschätzung lag. Eine andere Begebenheit ist besonders Erinnerungswürdig: eine Anfrage des Hamburger Senats, ob ich eine Rede zur Einweihung des Allende-Platzes halten könnte. Als ich zu verstehen gab, dass ich die Freitod-These vertreten würde, war der telefonische Kontakt schnell beendet. Ich habe in meinem Buch *Feuer unter der Asche*, 1974 im Signal Verlag erschienen, die letzten Stunden Allendes dargestellt. Inzwischen ist die Freitod-These in Chile selbst allgemein anerkannt.

## 2. Der Prozess des Scheiterns

Zunächst möchte ich eine kurze Analyse des politischen Prozesses der Jahre 1970 bis zum Militärputsch vortragen und damit meine damalige Position rekonstruieren.

Allende vertrat einen chilenischen Weg zum Sozialismus. Er sollte demokratisch und mit friedlichen Mitteln gegangen werden. Diesen reformistischen Weg teilten freilich radikalisierte Teile seiner eigenen Partei nicht, die in den 1970er Jahren unter den Einfluss des Castrismus, der kubanischen gewaltsamen Eroberung der Macht und revolutionären Veränderung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft geraten waren. Auch wurde er von der von Allende legalisierten "Bewegung der Revolutionären Linken" (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*, MIR) abgelehnt. Die Volkseinheit (*Unidad Popular*, UP), das Regierungsbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Radikaler Partei, MAPU (*Movimiento de Acción Unitaria*) und Christlicher Linker (*Izquierda Cristiana*), war in sich politisch und ideologisch heterogen und besaß im Parlament keine Mehrheit. Die Christdemokraten (*Democracia Cristiana*, DC) und die Nationalpartei (*Partido Nacional*, PN) stellten zusammen 89 von 150 Abgeordneten und auch im Senat überwogen sie mit 27 von 50 Sitzen. Die innenpolitischen Fronten verschärften sich bereits wenige Monate nach Regierungsantritt, den einige US-Firmen (ITT),

die CIA und die inländische politische Rechte vergeblich zu verhindern versucht hatten, als Allende direkte Landnahmen revolutionärer Gruppen zuließ und mit der Verstaatlichung von Industriebetrieben ohne gesetzliche Grundlage begann.

Die eingeschlagene Wirtschaftspolitik zielte auf Konsumsteigerung mittels Einkommensumverteilung. Diese Politik ermöglichte die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, regte aber wegen der wachsenden Rechtsunsicherheit nicht zu notwendigen Investitionen an. Sie konnte deshalb Ungleichgewichte zwischen Konsumfähigkeit und Produktionsergebnissen nicht verhindern, die nach einigen Monaten wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzten und zu wachsender Güterverknappung und Inflation führten. Die scharfe Konfrontation mit dem Auslandskapital in Form der entschädigungslosen Nationalisierung des Kupferbergbaus, welche im Kongress die einstimmige Zustimmung aller Parteien fand, verringerte den Zustrom ausländischer Kredite, die in Höhe und Konditionen nicht den wachsenden Kapitalbedürfnissen Chiles entsprachen. Der Verfall der Kupferpreise auf dem Weltmarkt sowie Ersatzteil- und Management-Probleme im Kupferbergbau taten ein Übriges, um zu verhindern, dass das Kupfer die ihm zuge dachte Rolle als Devisenbringer und Finanzierungsquelle für die in Angriff genommenen Reformen spielen konnte. Die Agrarreform wurde nur in dem Teil, der die Schaffung neuer Besitzverhältnisse betraf, rasch zu Ende geführt, doch auf Kosten eines rapiden Rückgangs der Produktion. In den staatlichen Sektor der Wirtschaft, der nur so genannte strategische Unternehmen enthalten sollte, wurden ziemlich ungeplant auch bankrotte Betriebe aufgenommen, so dass die mangelnde Rentabilität vieler Unternehmen den Staatshaushalt immer mehr belasteten. Die wachsenden wirtschaftlichen Probleme verringerten die politische Basis der Regierung Allende und ermöglichten es der in- und ausländischen Opposition, mit ihren teilweise illegalen, teilweise aber durchaus legalen Aktionen (Streiks, parlamentarische Abstimmungsniederlagen der Regierung, Misstrauensvoten gegen Regierungsmitglieder) immer mehr Einfluss auf das Schicksal der Regierung Allende zu erlangen. Mit dem Verlust der Unterstützung durch die Mittelschichten war Allende die Aussicht genommen, Wahlen gegen die in der Zwischenzeit in einem Wahlbündnis vereinte Opposition aus Christdemokraten und politischer Rechten gewinnen zu können, was sich bei den Parlamentswahlen vom März 1973 bestätigte. In dieser Situation verstärkte sich innerhalb und außerhalb des Linksbündnisses die Strategie der revolutionären Machtergreifung. Carlos Altamirano, Parteichef der Sozialisten,

agitierte: „Der leninistische Sozialismus kannte und kennt nur eine Bahn, die nichts gemein hat mit freien, geheimen, auf frei zugänglicher Information beruhenden Wahlen. Dieses dumme Geschwätz gehört in die Archive“. Und der MIR verkündete: „Das Wort hat nun der Kamerad Mauser“, also die Waffe. Das Militär, das sich lange loyal zu Allende verhalten hatte (nach den Oktoberstreiks von 1972 waren auf Drängen der Christdemokraten einige Militärs in die Regierung Allende eingetreten, was teilweise als Mitregierung interpretiert wurde), sah sich nun stärker herausgefordert, zumal nach der Ankündigung seiner ideologischen Unterwanderung und des Aufbaus eigener bewaffneter Verbände durch die extreme Linke. Ungebremst steuerte das Land sehenden Auges auf den bewaffneten Austrag des politischen Konflikts zu.

Bereits vor dem Putsch stand das Interpretationsmuster des möglichen Scheiterns von Allende entsprechend der innenpolitischen Polarisierung fest: „Faschismus plus US-Imperialismus versus Kommunismus“. Eine erhebliche Diskrepanz tat sich auch zwischen der Wahrnehmung der Allende-Regierung in Chile und im Ausland auf. International, vor allem in Europa, hatte Allende viel Sympathie und Interesse für den chilenischen Weg zum Sozialismus gewonnen. Der Sturz Allendes wurde als Ergebnis einer US-Intervention begriffen. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind in dem Maße in den Hintergrund getreten, wie der Putsch und seine Folgen sowie deren Überwindung in den Vordergrund rückten. Um die politischen Bündnisse zu schmieden, die zur Wiedererlangung der Demokratie notwendig waren, mussten die ehemaligen kompromisslosen Kontrahenten über ihre historischen Gegensätze hinwegsehen. Die Folgen des Putsches aber wirkten nachhaltiger und beschäftigten unverändert die chilenische Gesellschaft und Politik, auch nachdem die Demokratie wiedergewonnen werden konnte. An Jahrestagen wie dem 11. September wird der Blick jedoch auch auf die Verantwortlichkeiten für den Zusammenbruch der Demokratie gelenkt und es wird deutlich, dass es sich nach wie vor um ein kontroverses und höchst sensibles Thema handelt. Die gegensätzlichen Interpretationen bestehen fort (Tagle 1992; Vial 1998). Von einer Annäherung der chilenischen und der internationalen Perspektiven kann noch weniger die Rede sein.

### 3. Vier Ursachenbündel

Für das Scheitern Allendes habe ich vier verschiedene Ursachenbündel geltend gemacht, die sich teilweise auch in der Literatur wieder finden, freilich mit dem Unterschied, dass einzelne Untersuchungen nur auf eines der Bündel oder gar darin auf einen einzigen Faktor abheben:

#### *3.1 Gangbarkeit und Grenzen des chilenischen Wegs zum Sozialismus*

In der theoretischen Frage, ob es so etwas wie einen chilenischen Weg zum Sozialismus geben könne, d.h. eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft mit friedlichen Mitteln herbeigeführt werden könne, habe ich mich sehr zurückgehalten. Sie schien mir eher eine ideologische Frage zu sein, kaum wissenschaftlich zu beantworten. Vielmehr habe ich seinerzeit die Bedingungen hervorgehoben, die für die politische Durchsetzbarkeit des Programms der Volkseinheit sprachen, u.a. seine Nähe zu dem, was die Christdemokraten für den Fall einer zweiten Präsidentschaft nach der von Eduardo Frei Montalva planten. Diese programmatische Nähe hatte ja auch die Wahl Allendes durch den Kongress mit Hilfe der Christdemokraten ermöglicht. In besonderer Weise hat mich die Frage der Doppelstrategie von friedlichen und gewaltsamen Reformen und ihres Verhältnisses zueinander beschäftigt. Einige Beobachter hatten darin die Originalität und die Erfolgsgarantie des chilenischen Weges erkannt. Dem hielt ich die in der Praxis auftretenden Schwierigkeiten entgegen, die reformerische Strategie – mittels des bürgerlichen Staates verfolgt – mit der revolutionären Strategie der direkten Aktionen und des Aufbaus der Volksmacht in Übereinstimmung zu bringen. Denn ich sah, wie sich innerhalb der Christdemokratie die politische Haltung besonders jenes Sektors, der Allende wohl gesonnen war, durch den Druck der Parteibasis in den Wahlkreisen, in denen durch direkte Aktionen der revolutionären Linken vollendete Tatsachen geschaffen wurden, von einer konstruktiven zur absoluten Opposition veränderte. Durch die Duldung der revolutionären Strategie verspielte Allende die Chance, bei unveränderten parlamentarischen Stärkeverhältnissen Mehrheiten für seine Reformpolitik zu erhalten. Dass die Opposition nicht von Anfang an darauf eingeschworen war, alle Regierungsvorlagen abzulehnen, zeigt die einstimmige Verabschiedung des Gesetzes zur vollständigen Nationalisierung des Kupfers. Die Reform des Agrarsektors konnte ohnehin auf dem von den Christdemokraten durchgesetzten Agrargesetz fußen. Die gewaltsamen Aktionen zerstörten die Basis für parlamentarischen Konsens. Die Einsicht in

die Unverträglichkeit der beiden Strategien war mir damals wichtig zu vermitteln. Ich halte sie nach wie vor für entscheidend, um das Scheitern der Regierung Allende zu verstehen.

*3.2 Fehlerhafte parteipolitische Bündnispolitik der Volkseinheit (ohne bzw. gegen die DC) und die folgeschwere Unfähigkeit der Allende-Regierung, die Mittelschichten für sich zu gewinnen*

Es sind zwei Argumente, die stärker von einander getrennt werden müssen. In der Frage der Bündnispolitik hatte ich seinerzeit sehr hoch veranschlagt, dass die DC bei weitem die größte Partei Chiles war. Mit einem anderen Kandidaten als Radomiro Tomic von ihrem linken Flügel hätten sie allein mehr Stimmen erreicht als alle Parteien der Volkseinheit zusammen. Des Weiteren war ich damals auf die Inhalte der Politik fixiert. Mit den Christdemokraten im Bündnis hätten viele der anvisierten Reformen durchgesetzt, aber eben nicht ein Weg zum Sozialismus beschritten werden können. Auch die machtpolitischen Implikationen habe ich Anfang der 1970er Jahre nicht so sehr gesehen. Der *Unidad Popular* ging es nicht nur um die Inhalte der Politik, sondern vor allem um die Hegemonie. Erst recht hatte ich die politischen Pfründe nicht bedacht, die seinerzeit die Regierungsausübung in einem Land mit einem enorm ausgedehnten Staatssektor bedeutete. Immerhin waren etwa 7.000 *Jobs* vom Präsidenten abhängig und zu verteilen. Schließlich war auch das Programm der DC ein auf den Kandidaten Tomic zugeschnittenes Programm. Es repräsentierte kaum den gemäßigten und den rechten Sektor der Partei. Insgesamt überzeugt mich das bündnispolitische Argument nicht mehr so wie ehemals. Es impliziert zu viele kontrafaktische Überlegungen. Die Frage, was wäre gewesen wenn, eröffnet (wie wir später noch deutlicher sehen werden) großen Spielraum für Spekulationen, aber wenig Sicherheit darin, ob Alternativen wirklich erfolgreich gewesen wären. Vor allem aber gilt: Die Akteure haben sie nicht gewählt, ja sie haben sie bewusst ausgeschlossen. Hingegen halte ich die Politik der Vernachlässigung der Mittelschichten nach wie vor für einen schweren strategischen Fehler der *Unidad Popular* (so bereits Nohlen/Boye 1974). Es ist einer der wenigen Punkte, in denen ich mich mit Fidel Castro einig weiß, der bei seinem Chile-Besuch Ende 1971 die *Unidad Popular* eindringlich vor dem Versäumnis gewarnt hatte. Aber eine "rectificación", eine Kurskorrektur, wie sie Castro (freilich im autoritären Kontext) von Zeit zu Zeit vollzieht, fand nicht statt. Er hätte zur Aufgabe der Doppelstrategie gezwungen und

die Suche nach Kompromissen mit der Opposition und parlamentarischen Mehrheiten beinhaltet.

### *3.3 Nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen struktureller Umgestaltung der chilenischen Wirtschaft*

Mit der gleichzeitig stattfindenden Nationalisierung des Kupfers, der Verstaatlichung von Banken und Industrie, der Agrarreform und anderen Reformen hatte sich die UP-Regierung allzu viel auf einmal vorgenommen, sowohl hinsichtlich der notwendigen Durchführungskapazitäten als auch hinsichtlich der zu verkraftenden Effekte. Zudem zerstörte die eingeschlagene Wirtschaftspolitik (statt Investitionen Priorität für den Konsum bzw. eine zu wenig gesamtwirtschaftlich abgestimmte Umverteilung mit der Folge dramatischer Versorgungsengpässe) das makroökonomische Gleichgewicht in Form negativer Zahlungsbilanzen, defizitärer Staatshaushalte und extremer Inflationsraten. Der revolutionäre Impetus der Wirtschaftspolitik war unverkennbar (Nohlen/Schäffler 1974). Die *Unidad Popular* verfolgte mit ihr zwei Ziele, die eng mit einander verwoben waren: die politische Machtfrage zu entscheiden und die sozio-ökonomischen Voraussetzungen der bisherigen Machtverhältnisse zu zerstören. Insofern war sie relativ unempfindlich gegenüber den wirtschaftlichen Folgen ihrer Politik, solange sie den machstrategischen Zielen entsprach.

### *3.4 Interventionen in- und ausländischer Kräfte in den chilenischen Prozess*

Parlamentarische Obstruktionspolitik der Oppositionsparteien, Streiks inländischer Unternehmer, CIA-Destabilisierungspolitik, internationale Kredit Sperre, niedrige Kupfernotierung auf dem Weltmarkt, etc. sind vielfach auf Begriffe wie Verschwörung, Blockade und Dollarimperialismus gebracht worden. Die Politik der USA war gegen Allende gerichtet (Schoultz 1987). Bereits sein Regierungsantritt hatte verhindert werden sollen. Als dies nicht gelang, verfolgten die USA über *covert actions* eine kontinuierliche Destabilisierungspolitik. Dies war weitgehend bekannt, auch bevor die Veröffentlichung geheimer Papiere aus US-Archiven unsere Detailkenntnisse erhöhten. Ich habe den US-amerikanischen Aktionen nur einen bedingten Stellenwert eingeräumt. Beim Versuch, Allendes Wahl zu verhindern, erreichten die Interventionen im Endeffekt nach dem Mord an General René Schneider nur das Gegenteil: eine völlige Solidarisierung der Christdemokratie mit der Wahlentscheidung zugunsten Allendes. Im Prozessgeschehen allerdings, durch die fehlerhafte Wirtschaftspolitik und die Verhärtung der innenpoliti-



schen Fronten, konnten die Destabilisierungsmaßnahmen zunehmende Wirkung erzielen. Freilich – und dies wurde durch die veröffentlichten Dokumente belegt – am Putsch vom 11. September waren die USA nicht beteiligt (Sigmund 1988; Vial 1998: 16). Der Mythos der US-Intervention lebt allerdings fort. Der Unwilligkeit von Intellektuellen, andere als diese *eine* angebliche Ursache des Zusammenbruchs der chilenischen Demokratie auch nur zu erwägen, bin ich des Öfteren in Deutschland begegnet. Der Diskurs stößt hier an eine Mauer in den Köpfen.

#### 4. Institutionelle Ursachenfaktoren

Später in der wissenschaftlichen Diskussion hinzugekommene Erklärungen fokussierten nicht mehr so sehr auf das Scheitern Allendes, sondern auf den Zusammenbruch der chilenischen Demokratie. Dabei wurde statt auf die politischen Akteure vor allem auf die institutionellen *Arrangements* geschaut, in deren Rahmen sich der politische Prozess abspielte. Für seinen fatalen Ausgang wurden die politischen Akteure weitgehend der Verantwortung enthoben.

Obwohl ich mich als Institutionalist betrachte – ich hatte über den “Spanischen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert” promoviert und war mir aufgrund der politikwissenschaftlichen Lehre, durch die ich bei meinem Doktorvater Dolf Sternberger gegangen war, der Bedeutung der politischen Institutionen sehr bewusst –, hatte ich mich bei meiner damaligen Analyse nicht bei den institutionellen Arrangements aufgehalten, wohl wissend, dass andere Strukturen zu anderen Ergebnissen führen können. Natürlich war der Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen von 1970 entscheidend durch das Wahlsystem bestimmt worden. Das haben 1989 Rein Taagepera und Matthew Soberg Shugart richtig gesehen. Nach dem chilenischen Wahlgesetz sollte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen entscheiden. Wurde sie von keinem Kandidaten erreicht, entschied im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen im Kongress zwischen den beiden stimmstärksten Kandidaten des ersten Wahlgangs. Taagepera/Shugart (1989: 2) argumentieren: “Allende was the least desirable of the three candidates for more than half of the voters”. Bei einem anderen Wahlsystem “the country would get a president at least semiacceptable to everybody”.

Man kann dem zustimmen, wenn die Frage lautet, welches andere Wahlsystem hätte zu einem anderen Wahlergebnis geführt. In der gegebenen historischen Situation ging es aber nicht kontrafaktisch um die wahrscheinlichen Auswirkungen eines anderen Wahlsystems, sondern darum, wie auf der

Grundlage des bestehenden Wahlsystems der Wahlsieg Allendes noch zu verhindern wäre. Mit dieser Frage befassten sich einige politische Akteure. Die Überlegungen gingen dahin, dass die Christdemokraten im Kongress für den zweitplatzierten, den 80-jährigen Expräsidenten Jorge Alessandri, unabhängiger Kandidat der politischen Rechten, stimmen sollten, der dann aus Altersgründen auf die Präsidentschaft verzichtete, so dass Neuwahlen stattfinden müssten. Eduardo Frei Montalva hätte dann wieder antreten können. Der Expräsident konnte am Ende seiner Amtszeit in Umfragen noch einen Zuspruch von über 50% der Stimmen vorweisen. Auf dieses Manöver wollten sich die Christdemokraten jedoch nicht einlassen. Traditionsgemäß errang der bei den Volkswahlen siegreiche Kandidat im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit im Kongress. Von dieser Tradition wollte man verständlicherweise nicht abrücken. Schließlich hatte Allende bereits drei Mal vorher bei Präsidentschaftswahlen kandidiert und die Spielregeln stets anerkannt. Die politischen Folgen in der Linken, die sich des Wahlsiegs beraubt gesehen und sich möglicherweise gewalttätig extremistisch entwickelt hätten, wollte die DC nicht verantworten. Sie votierte für Allende, nachdem sie ihm ein Verfassungsstatut abgerungen hatte, das die Grundlagen eines freiheitlich-pluralistischen politischen Systems bestätigte. Die chilenische Wahltradition wurde nicht gebrochen. Ob ihre Leugnung der chilenischen Demokratie zum Wohle gereicht hätte, wage ich zu bezweifeln. Die Debatte über das Wahlsystem ist begrenzt geblieben. Sie wurde erst wieder virulent, als das Pinochet-Regime neue Wahlsysteme implementierte, worauf einzugehen hier zu weit führen würde (Nohlen 1998: 278ff.).

### 5. Der Präsidentialismus als Ursache

Die institutionell orientierte Ursachenanalyse fand hingegen im Präsidentialismus den entscheidenden *topos*. Ich muss gestehen, trotz allen Gespürs für Institutionenfragen ist mir diese Erklärungsidee für den Zusammenbruch der Demokratie in Chile nicht gekommen. Gefallen kann sie insofern, als sie der Vorstellung widerspricht, immer mehr von dem Selben könnte die Lösung sein: Die Rolle des Präsidenten im politischen System Chiles war im Zuge der staatlich forcierten und gelenkten nachholenden Entwicklung ständig verstärkt worden, der chilenische Präsidentialismus immer präsidentieller geworden. Warum dann nicht in der großen Alternative zum Präsidentialismus, dem Parlamentarismus denken? Die von Arturo Valenzuela in die Debatte geworfene These lautet, Chiles Demokratie wäre nicht zusammengebrochen, hätte dort Parlamentarismus bestanden. Diese These wurde von

niemand Geringerem als Juan J. Linz aufgegriffen, für ganz Lateinamerika in Politik beratender Absicht generalisiert und weltweit popularisiert (Linz/Valenzuela 1994). Chile wurde zum “classic instance” für die These, dass der Parlamentarismus dem Präsidentialismus überlegen sei, sowie für die Annahme, dass die Zusammenbrüche der Demokratien und die Schwierigkeiten, die Länder mit dem Übergang zur Demokratie und ihrer Konsolidierung hätten, dem Präsidentialismus geschuldet seien. Diese Annahmen haben die eifrigste politikwissenschaftliche Debatte in Lateinamerika der letzten Jahrzehnte ausgelöst (Nohlen/Fernández 1991; Linz/Valenzuela 1994; Thibaut 1996; Nohlen/Fernández 1998).

Allgemein ist zu kontrafaktischen Überlegungen zu sagen, dass sie aufgrund mangelnder empirischer Beweiskraft niemals vollends überzeugen können. Komparativ lohnt der Hinweis darauf, dass in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in Europa etliche Demokratien, die parlamentarisch regiert wurden, zusammengebrochen sind. Das verweist darauf, dass andere Faktoren als der politische Systemtyp eine Rolle gespielt haben müssen, zumal auch nicht alle parlamentarischen Demokratien in Europa dieses Schicksal erlitten haben, ebenso wenig wie in Lateinamerika nicht alle präsidentiellen Demokratien zusammengebrochen sind. Linz blendet andere Faktoren aus, etwa Struktur und Polarisierungsgrad des Parteiensystems sowie das Akteursverhalten. Wenn schon kontrafaktisch argumentiert werden soll, dann ist es nahe liegender, an politische Weichenstellungen zu erinnern, die auch alternativ hätten vorgenommen werden können. Um wieder zum chilenischen Fall zurückzukommen, hätten wahrscheinlich andere institutionelle Vorkehrungen (etwa die Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten) oder andere politische Entscheidungen (etwa ein politisch gemäßigterer Kandidat der Christdemokratie als Radomiro Tomic) zu einem anderen historischen Ergebnis geführt. In etlichen Entscheidungssituationen wurden damals Alternativen zu den tatsächlich ergriffenen diskutiert. Statt zu spekulieren, was für Folgen alternative Entscheidungen gehabt hätten, scheint es sinnvoller, nach den Gründen dafür zu fragen, weshalb sie nicht anders lauteten, zumal die vorgenommenen Optionen die verhängnisvolle Begleiterscheinung besaßen, den Optionsspielraum der Akteure kontinuierlich weiter einzuschränken.

## **6. Der Wandel der politischen Mitte im Parteiensystem**

Die Suche nach den ursächlichen Faktoren für den Zusammenbruch der chilenischen Demokratie geht eine Analyse an, die zeitlich weiter zurückgreift auf Entwicklungen, die vor der Allende-Regierung liegen. Auch sie hat na-

türlich wie die Betonung des institutionellen Faktors den Effekt, die politischen Akteure der Jahre vor dem Putsch etwas von der Verantwortung für den Zusammenbruch der Demokratie zu entlasten. Sie birgt das Problem, entscheiden zu müssen, wie weit man historisch zurückgreifen soll. Welcher Moment bildet den historischen Ausgang des Geschehnisses, das es zu erklären gilt. Die Ursachenanalyse wird im chilenischen Fall von Timothy R. Scully (1992) und anderen (Vial, in Tagle 1992) auf das Parteiensystem und den Aufstieg der *partidos modernizantes* gerichtet, dabei weniger auf die sozialistische und die kommunistische Partei, welche im neu durch die Industrialisierung und Wahlrechtsausbreitung entstandenen gesellschaftlichen Konflikt den linken Pol besetzten, als vor allem auf die Christdemokratie, die als neue Partei der Mitte die bürgerliche Radikale Partei ablöste. Die Christdemokratie, die einerseits die abhängigen Mittelschichten, die sich im Zuge der Ausdehnung des Staatssektors bildeten, an sich band und andererseits auf dem Lande die bislang außerhalb der Politik gebliebene rückständige Landarbeiterschaft mobilisierte, war im Gegensatz zur Radikalen Partei viel ideologischer und nicht gewillt, deren Rolle als Mittler in einem polarisierten Parteiensystem zu übernehmen und pragmatische Bündnisse mit entweder den Parteien der Rechten oder jenen der Linken einzugehen. Die Christdemokratie hatte vielmehr ein eigenes Projekt, den dritten Weg jenseits von Klassenkampf und Kapitalismus, und sie war nicht bereit, Kompromisse mit rechts oder links einzugehen (*el camino propio*). Mit dem Aufstieg der Christdemokratie wurde die mäßigende durch eine weitere polarisierende politische Kraft im Parteiensystem ersetzt. Man kann annehmen, dass die Neustrukturierung des chilenischen Parteiensystems Ende der 1950er Jahre den späteren Politikprozess nachhaltig geprägt hat, so sehr, dass noch an den polarisierenden Verhaltensmustern festgehalten wurde, als die Akteure selbst sicher waren, dass dieses Beharren auf dem jeweils eigenen Politikprojekt die chilenische Demokratie in den Abgrund treiben würde. Freilich wäre es zu kurz gegriffen, nur auf die Mitte des Parteiensystems zu schauen. Der Regierung Frei Montalva, welche die absolute Mehrheit der Wählerschaft hinter sich hatte, versagte die Linke ihr erklärtermaßen “la sal y el agua”, – frei übersetzt – “die Luft zum Atmen”. In der Regierung verkündete die Linke ihre Politik des “avanzar sin transar”, des – frei übersetzt – “kompromisslosen Voranschreitens”. Die politische Rechte, durch die Reformpolitik der Frei-Regierung aufgeschreckt und verhärtet, der ihre Wählerschaft selbst ins Amt verholfen hatte, nahm ebenfalls wieder eine polarisierende Position ein. Teile der politischen Rechten agitierten von An-

fang an für eine militärische Intervention. Ich denke, in der wissenschaftlichen *community* wird die Erkenntnis weiter wachsen, dass die ideologische Polarisierung auf der Basis kompletter, sich gegenseitig ausschließender Gesellschaftsmodelle und das absolute Freund-Feind-Denken der Parteien der Demokratie in Chile den Garaus gemacht haben (Adler Lomnitz/Melnick 1998: 115ff.). Doch gilt es den feinen Unterschied zu beachten, dass das christdemokratische Modell mit der Demokratie vereinbar war, das sozialistische, wie es in der Praxis verfolgt wurde, nicht. Eine der sichtbarsten Lehren, welche die Politik aus diesem verhängnisvollen Prozess im Zuge der Wiedererlangung der Demokratie Ende der 1980er Jahre gezogen hat, war die, zu einer politischen Kultur der Kompromisse und Bündnisse zurückzufinden. Die "Linke ohne Allende" (Bascunán Edwards 1990) und die Christdemokraten ohne ihre Gründergeneration bildeten eine Koalitionsregierung, deren Bestand über drei Wahlperioden hinweg Chiles junge Demokratie zu stabilisieren vermochte.

## 7. Der zeitgeschichtliche Kontext

30 Jahre nach dem Putsch erkennt man die Merkmale der Zeit besser, in welcher sich die Ereignisse abspielten. Die Zeitumstände machen Manches verständlicher, liefern aber keine vollgültige Erklärung. Andere Länder waren ihnen ebenfalls ausgesetzt, ohne die Merkmale des chilenischen Falles aufzuweisen. Es war die Zeit der großen Entwürfe, die Zeit der unverbrüchlichen Gewissheiten, der Hingabe an allumfassende Ideologien. Pragmatismus galt als Schimpfwort, ebenso wie Kompromiss und Inkrementalismus. Flammende Rhetorik war gefragt; auswärtige Modelle waren attraktiv. Der real existierende Sozialismus war noch nicht entzaubert (für die chilenische Linke fand die Entzauberung erst im dortigen Exil statt). In den Vereinten Nationen spielten die Entwicklungsländer eine immer größere Rolle. Sie setzten dort Industrieländer-kritische Erklärungen. Die UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) schickte sich an, die Benachteiligung der Entwicklungsländer durch die Weltwirtschaftsordnung abzubauen, wirtschaftstheoretisch untermauert durch Lehren der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) mit Sitz in Santiago de Chile. Die Blockfreienbewegung stand in höchster Blüte. Die Dependenztheorie hatte in Lateinamerika ihren Zenit zwar schon überschritten, aber in Europa wurde sie just erst richtig zur Kenntnis genommen, was die Interpretation der Prozesse aus der Ferne beeinflusste. Die Studentenrevolte kam hinzu, sie wirkte über die Austauschstudenten direkt in Chile ein.

All diese Phänomene stehen für eine Epoche grundlegend neuer Politikan-sätze holistischer Manier, die in Chile aufgrund des dortigen Modernisie-rungsprozesses einen günstigen Nährboden und ihren zugespitzten Ausdruck fanden.

## 8. Die gesellschaftliche Opposition

Was ich im Laufe der Jahre eher vergessen hatte, war nachzuhalten, worauf sich meine These stützte, dass – jenseits der parlamentarischen Mehrheits-verhältnisse – Allende die Chance verspielt hatte, in Chile demokratisch den Sozialismus einzuführen. Die erneute Lektüre brachte in meine Erinnerung zurück, dass in Chile bereits damals Wahlen in allen gesellschaftlichen Teil-systemen wie Behörden, Betriebe, Berufskollegien, Universitäten, Schulen, kurzum geradezu überall stattfanden. Man sagt der chilenischen Gesellschaft gerne nach, dass sie eine konservative Gesellschaft sei (dafür gibt es auch viele Belege); sie ist zugleich eine Gesellschaft gewesen, die sich auch im gesellschaftlichen Bereich demokratisch zu organisieren wusste. Das Be-merkenswerte ist nun die Tiefe, mit der die Politik die Gesellschaft durch-drang. Alle gesellschaftlichen Teilsysteme wurden von der nationalen politi-schen Konfliktstruktur durchzogen. Auch hier standen sich die politische Rechte (*Gremialistas*), die Christdemokraten, die Sozialisten und die Kom-munisten (die beiden letzteren häufig im Bündnis miteinander) gegenüber, um nur die großen Strömungen zu nennen. Die erneute Lektüre meines Auf-satzes hat mich noch an ein Weiteres erinnert: Die Parteien der Volkseinheit büßten bei allen gesellschaftlichen Wahlen, sogar bei den Gewerkschafts-wahlen, die zu Anfang ihrer Regierungszeit errungene Vormachtstellung in den Jahren 1972 und 1973 ein. Die Gesellschaft wendete sich von Allende ab. Seine unverdrossenen Anhänger trösteten sich mit dem Satz: “este go-bierno es de mierda, pero es mío” (diese Regierung ist scheiße, aber es ist meine). Das “Volk” erwartete nicht mehr viel von der Volksregierung, auch wenn es in der frontalen Auseinandersetzung noch zu ihr stand. Hier wird die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Regierung Allende in Chile und international besonders eklatant.

## 9. Resümee

Die eingangs vorgetragene Analyse des Scheiterns der Regierung Allende aus dem Jahre 1973 halte ich heute nach wie vor für richtig. Einen monokau-salen Ansatz habe ich stets abgelehnt. Die zwischenzeitlich in der institutio-

nell orientierten Debatte vorgetragenen Argumente haben mich nicht überzeugt. Ich halte nach wie vor nicht nur die Vielzahl und die enge Verknüpfung verschiedener Erklärungsfaktoren, sondern auch die Unterscheidung ihres unterschiedlichen Gewichts in der Zeit für eine unabdingbare methodische Voraussetzung, um den Prozess des Zusammenbruchs der chilenischen Demokratie zu verstehen. Es gibt kaum einen in der Literatur genannten Faktor, dem nicht in der einen oder anderen Phase dieses Prozesses eine Bedeutung zugekommen wäre. Das Schlüsselwort scheint mir in der Tat "Prozess" zu sein. Der Putsch, das Datum 11. September insinuiert, dass es sich um ein Ereignis handele. Der Niedergang der chilenischen Demokratie war jedoch ein Prozess wachsender Ideologisierung und Polarisierung. Wie weit er historisch zurückverfolgt werden kann, bleibt dahingestellt. Unter der Regierung der Volkseinheit spitzte er sich dermaßen zu, dass sich die politischen Optionsmöglichkeiten kontinuierlich einschränkten. Die Politik geriet mehr und mehr in die Sackgasse, aus der heraus die politischen Akteure keinen Weg finden wollten. Als Allende sein Kabinett unter erneuter Regierungsbeteiligung im August 1973 umbildete, sagte er etwas, was sich als absolut richtig herausstellte: es sei "die letzte Gelegenheit der Demokratie" (Vial 1998: 17). Rechte, Gemäßigte und Linke schauten auf das Militär. Der Putsch, von zwei Dritteln der Gesellschaft herbeigesehnt, von einem Drittel bewusst in Kauf genommen, war die Folge eines allgemeinen Versagens der politischen Klasse. Sie verweigerte politische Kompromisse. Alle Akteure sahen das Ende kommen, aber waren unwillig oder unfähig, ihm vorzubeugen (Fontaine Aldunate 1999). Erst Jahre nach dem Putsch waren die chilenischen Demokraten bereit, aus dem Zusammenbruch der Demokratie zu lernen.

Für die Wiedergewinnung der Demokratie in Chile ist es wichtig gewesen, die polarisierte Interpretation der Geschehnisse aufzuweichen. Dazu hat die Erfahrung der Diktatur erheblich beigetragen. Ricardo Lagos schrieb sogar, dass man aus der Diktatur gelernt habe. So hat innerhalb der Linken bald ein Reflexionsprozess eingesetzt, der die Fehler der UP-Politik eingestand, am entschiedensten wohl bei Tomás Moulian (in Tagle 1992) und Manuel Antonio Garretón (in Vial 1998). Auch in der Christdemokratie wurden selbstkritischere Stimmen laut. Die Verantwortung für den Zusammenbruch wird heute stärker auf die politische Klasse insgesamt und die Medien verteilt. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die politische Klasse eng gesellschaftlich angebunden agiert hat. Die politischen Parteien, welche die gesellschaftlichen Konflikte politisiert und polarisierend zuge-

spitzt hatten, gerieten unter den Druck der sich immer frontaler entwickelnden gesellschaftlichen Antagonismen. Die gewaltsame Lösung war am Ende eine Losung der Gesellschaft. Selbst das Militär geriet unter diesen gesellschaftlichen Druck, als die Frauen von Offizieren (in der Regel gehobenen Schichten entstammend) öffentlich mit obszönen Gesten die militärische Führung der Feigheit vor dem Putsch ziehen. Es sollte indes nicht vergessen werden, dass unter den Verantwortlichen die Regierung der Volkseinheit eine besondere Rolle spielt. Denn sie hatte die Politik zu gestalten, sie hatte Kompromissmöglichkeiten auszuloten, sie hatte sich um Mehrheiten zu kümmern, sie musste auch Opposition gewärtigen, sie musste mit ihr umgehen können. Sie hatte vor allem für den Erfolg ihrer Politik selbst Sorge zu tragen. Insofern bleibe ich dabei, das Scheitern Allendes primär ihm selbst zuzuschreiben. Er riss mit dem politischen Scheitern seines sozialistischen Experiments die Demokratie in Chile mit in den Abgrund.

Gegen Ende der 1990er Jahre wurde Allende ein Standbild errichtet, unmittelbar gegenüber dem Teil des Regierungspalasts "La Moneda", in dem er sich das Leben nahm. Es zeigt ihn sehr staatsmännisch, sympathisch (was er auch war), auf einem Keil verankert, der in einen Steinblock hineingetrieben ist und diesen in ein Drittel und zwei Drittel teilt. Es versinnbildlicht sehr eindrücklich die gesellschaftlichen Folgen seiner Politik, die den Zusammenbruch der Demokratie nach sich zog. Es ehrt die neue chilenische Demokratie, Allende gleichwohl in seinem kompromisslosen Streben nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ein ehrendes Andenken zu bewahren.

### Literaturverzeichnis

- Adler Lomnitz, Larissa/Melnick, Ana (1998): *La cultura política chilena y los partidos de centro. Una explicación antropológica*. México D.F.
- Arriagada, Genaro (1998): *Por la razón o la fuerza. Chile bajo Pinochet*. Santiago.
- Aylwin Azócar, Patricio (1998): *El reencuentro de los demócratas. Del golpe al triunfo del No*. Barcelona.
- Bascunán Edwards, C. (1990): *La izquierda sin Allende*. Santiago.
- Birle, Peter/Fernández, Enrique (Hrsg.) (2003): *Miradas alemanas. Chile en las ciencias sociales alemanas 1970-2001*. Ediciones Escarapate.
- Fontaine Aldunate, Arturo (1999): *Todos querían la revolución. Chile 1964-1973*. Santiago.
- Gazmuri, Jaime/Martínez, Jesús M. (2000): *El sol y la bruma*. Santiago.
- Huneeus, Carlos (1981): *Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse*. Heidelberg.
- (2000): *El régimen de Pinochet*. Santiago.



- Linz, Juan J./Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1974): *Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution*. Baden-Baden.
- (1992): "Lateinamerika zwischen Präsidialismus und Parlamentarismus". In: *Lateinamerika Jahrbuch 1992*, S. 86-99.
- (1998): *Sistemas electorales y partidos políticos*. México D.F.
- Nohlen, Dieter/Boye, Otto (1974): "War die Konterrevolution unvermeidlich? Mittelschichten und Militär in Chile". In: *Verfassung und Recht in Übersee* 7 (4), S. 369-384 (wieder abgedruckt auf Spanisch in Birle, Peter/Fernández, Enrique (Hrsg.) (2003): *Miradas alemanas*. Santiago, S. 151-165).
- Nohlen, Dieter/Fernández, Mario (Hrsg.) (1991): *Presidencialismo versus Parlamentarismo*. Caracas.
- (1998): *El presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina*. Caracas.
- Nohlen, Dieter/Schäffler, Klaus (1974): "Die wirtschaftlichen Gründe des Scheiterns von Salvador Allende". In: *Hamburger Jahrbuch für Sozial- und Wirtschaftspolitik*, S. 43-65.
- Schoultz, Lars (1987): *National Security and the United States Policy toward Latin America*. Princeton.
- Scully, Timothy R. (1992): *Los partidos de centro y la evolución política chilena*. Santiago.
- Sigmund, Paul E. (1988): "Crisis Management. Chile and Marxism". In: Martz, John D. (Hrsg.): *United States Policy in Latin America*. Lincoln/London, S. 157-174.
- Taagepera, Rein/Shugart, Matthew S. (1989): *Seats and Votes. The Effects and Determinants of Electoral Systems*. New Haven/London.
- Tagle, Matias (Hrsg.) (1992): *La crisis de la democracia en Chile. Antecedentes y causas*. Santiago.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidialismus und Demokratie in Lateinamerika*. Opladen.
- Vial, Gonzalo (Hrsg.) (1998): *Análisis crítico del régimen militar*. Santiago.